

„Doch nicht das Ende des Internets? – Plattformhaftung nach dem UrhDaG“

Mainz Media Forum, 13.10.2022

Prof. Dr. Caroline Volkmann, Hochschule Darmstadt



h_da

HOCHSCHULE DARMSTADT
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

fbgw

FACHBEREICH
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Übersicht

- Hintergrund
- Systematik: Plattformhaftung nach dem UrhDaG
 - Verantwortlichkeit der Diensteanbieter
 - Enthaftungsmechanismen
- Fazit

„Upload-Filter“ und das Ende der Freiheit im Internet?

Art. 17 DSM-RL vom 15.04.2019

Ein schwarzer Tag für das Internet



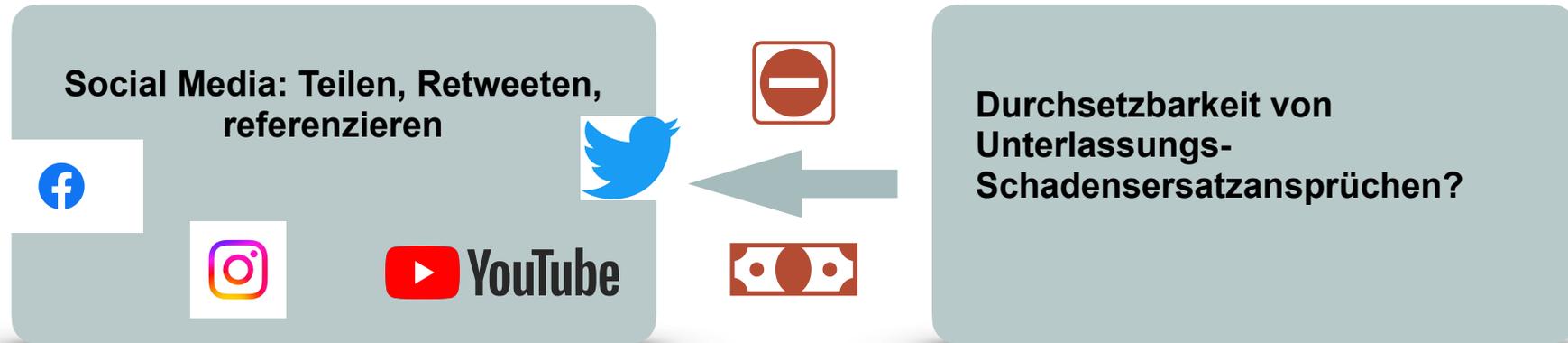
Foto: dpa, Handelsblatt vom 02.03.2019

Ein Gesetz für starke Urheber



Foto: dpa, FAZ vom 04.02.2019

Ziele des Art. 17 DSM-RL



- Mehr Verteilungsgerechtigkeit (value gap)
- Beteiligung von Urhebern an der Verwertung auf großen Upload-Plattformen
- Lizenzvereinbarungen für User Generated Content

Systematik des UrhDaG

Verantwortlichkeit der Upload-Plattform für Upload durch Nutzer (§ 1 UrhDaG)



➤ **Ausnahme 1: Lizenzvereinbarungen (§ 4 UrhDaG)**



➤ **Ausnahme 2: Gesetzliche Erlaubnis (§ 5 UrhDaG)**



➤ **Ausnahme 3: Blockierungsverfahren - Einhaltung von Verkehrspflichten (§§ 7 Abs. 2, 9-11 UrhDaG)**



Komplexes Haftungssystem: Blockierungsverfahren

„§§ 9-11 UrhDaG erfordern enorme **technologische** und **personelle** Ressourcen“

„**Komplexe** Regelungen des UrhDaG“

EuGH zu Filterpflichten: Vom deutschen **Sonderweg** zum europäischen **Musterbeispiel**?

Adressaten des UrhDaG: Enge Definition

- Diensteanbieter (§ 2 Abs. 1 UrhDaG)
 - Hauptzweck/einer der Hauptzwecke, eine **große Menge** an von Dritten hochgeladenen urheberrechtlich geschützten Inhalten **öffentlich zugänglich** zu machen
 - **Organisation** der Inhalte
 - Bewerbung der Inhalte zum Zweck der **Gewinnerzielung**
 - Mit Online-Inhaltediensten (z.B. Netflix, Amazon, Spotify) um dieselbe Zielgruppe konkurrieren
- = YouTube, SoundCloud, Vimeo, TikTok, Flickr, Pinterest (Video- und Audio-Sharing-Plattformen)

Enthftung durch Blockierungsverfahren

Verantwortlichkeit der Upload-Plattform für Upload durch Nutzer (§ 1 UrhDaG)



➤ Ausnahme 1: Lizenzvereinbarungen (§ 4 UrhDaG)



➤ Ausnahme 2: Gesetzliche Erlaubnis (§ 5 UrhDaG)



➤ **Ausnahme 3: Blockierungsverfahren - Einhaltung von Verkehrspflichten (§§ 7 Abs. 2, 9-11 UrhDaG)**



Verkehrspflichten des Diensteanbieters bei nicht erlaubten Nutzungen

Einfache Blockierung, § 8

- = Entfernung
- **Notice and Take Down** (§ 10 TMG iVm Grundsätzen der Störerhaftung)
- Entfernung nach Hinweis auf Rechtsverletzung

Qualifizierte Blockierung, § 7

- = Sperrung (Inhalt ist künftig nicht verfügbar)
- **Notice and Stay Down** (§ 10 TMG iVm Grundsätzen der Störerhaftung)
- Tool: automatisierte Verfahren (Upload-Filter)



**Hinweis auf Beschwerdeverfahren nach
§ 14 (§§ 7 Abs. 3, 8 Abs. 2)**

Qualifizierte Blockierung nach § 7 UrhDaG

Diensteanbieter muss bestmöglich sicherstellen, dass Inhalt künftig nicht öffentlich wiedergegeben wird

- auf Verlangen des Rechteinhabers
- wenn der Rechteinhaber die notwendigen Informationen zur Verfügung stellt, z.B. Referenzdateien, § 8 Abs. 3 UrhDaG
 - keine *ex ante*-Kontrolle des gesamten Datenverkehrs!

Algorithmen erkennen keine Parodie...

Verhindern von Overblocking (Falses Positives)

- § 7 Abs. 2 S. 1 UrhDaG: Von Nutzern hochgeladene Inhalte dürfen nicht blockiert werden
 - bei gesetzlicher Erlaubnis (Schranken)
 - mangels Urheberrechtsverletzung (Lizenzierungen, Gemeinfreiheit, geistige Schöpfungshöhe nicht erreicht)
- Qualifizierte Blockierung unter gewissen Bedingungen, §§ 9-11, 7 Abs. 2 S. 2 UrhDaG

Mutmaßlich erlaubte Nutzungen: Verzögerte Blockierung

§ 9 Abs. 2: Typisch nutzergenerierte Inhalte (Memes, Zitate...)

Werkteile (Nr. 1)

- weniger als 50 % eines oder mehrerer Werke

und

Die Werkteile werden kombiniert (Nr. 2)

- ...mit einem anderen Inhalt

Ausnahme: **Abbildungen** dürfen nach §§ 10, 11 vollständig verwendet werden



oder



„de minimis-Nutzungen“ Nr. 3 S. 1, § 10

Bis zu

- 15 Sek. eines Films, 160 Zeichen eines Textes etc.

„Geflaggte Inhalte“ Nr. 3 S. 2, § 11

- Nutzer kennzeichnet als **Schranken-Nutzung** nach § 5

Bis zum Abschluss des Beschwerdeverfahrens nach § 14 zugänglich zu machen (7 Tage)

Ausnahme z.B. für Live-Sportereignisse

Grundrechtswidriges Overblocking?

Nichtigkeitsklage Polens im Hinblick auf das Blockierungsverfahren nach Art. 17 Abs. 4 lit. b und c DSM-RL

- Verstoß gegen Meinungs- und Informationsfreiheit nach Art. 11 EU-GRCh
 - Faktische Pflicht der Vorab-Kontrolle sämtlicher Inhalte
 - Gefahr des Overblockings

EuGH v. 26.04.22: Eingriff in Art. 11 EuGRCh verhältnismäßig

- Begrenzter Anwendungsbereich (Definition Diensteanbieter, Rn. 29)
- Art. 17 Abs. 7 DSM-RL: Rechtmäßige Inhalte dürfen nicht gesperrt werden
 - auch solche, die durch Schrankennutzungen gerechtfertigt sind
 - = Ergebnispflicht, keine Handlungspflicht in Sinne von „bestmöglichen Anstrengungen“ (Rn. 78)
 - ex post-Kontrolle der Inhalte nach Sperrung reicht nicht aus (Rn. 85 f.)

Ergebnispflicht: Nicht zu sperrende rechtmäßige Inhalte

Wie kann dieses „Ergebnis“ bei automatischen Filterungen praktisch erreicht werden?

- Filterpflicht beschränkt sich auf *offensichtlich rechtswidrige* Inhalte
 - so schon Leitlinien der EU KOM v. 4.6.2021, S. 25 f.
- = Stärkung der Nutzerrechte durch den EuGH

Offensichtliche Rechtswidrigkeit: Quantitatives Kriterium

Offensichtliche Rechtswidrigkeit

- Vollständige/ wesentliche Übereinstimmung des hochgeladenen Schutzgegenstands



?



Parodie bejaht,
OLG Hamburg, 5 U 80/20

Rechtmäßige Nutzung

- Kurze Auszüge
- starke Verfremdung
 - Meme, Parodie
- starke Veränderung

Europarechtskonformität des § 9 UrhDaG?

§§ 7 Abs. 2 S. 1, 9 UrhDaG: europarechtskonforme Auslegung

Keine ex ante-Filterung/Blockade

- bei geringfügigen Nutzungen (§ 10 UrhDaG)
- Kennzeichnung von Nutzungen als durch Schranken gerechtfertigt (geflaggt, § 11 UrhDaG)

Trusted Uploader im Rahmen des § 11 UrhDaG

§ 11 UrhDaG sieht keine Möglichkeit der Kennzeichnung vertraglich erlaubter Nutzungen vor

- Verstoß gegen Art. 17 Abs. 7 DSM-RL, ErwGr 66
- Möglichkeit europarechtskonformer Auslegung des § 7 Abs. 2 S. 1 UrhDaG iVm § 11 UrhDaG

Ausblick

- UrhDaG führt weder zum Ende des Internets, noch zum Ende der Freiheit im Internet
- deutscher „Sonderweg“ wird zum Musterbeispiel
 - nur vereinzelt gesetzgeberischer Anpassungsbedarf bzw. europarechtskonforme Auslegung geboten
- Zustand der Rechtszersplitterung innerhalb der EU

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Mainz Media Forum, 13.10.2022

Prof. Dr. Caroline Volkmann, Hochschule Darmstadt



h_da

HOCHSCHULE DARMSTADT
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

fbgw

FACHBEREICH
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN